Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5583

24. 09. 96

Gesetzentwurf

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes

A. Problem

Der Deutsche Bundestag hat als Teil einer umfassenden Parlamentsreform am 29. Juni 1995 beschlossen, die Zahl seiner Mitglieder mit Wirkung von der 15. Wahlperiode an auf unter 600 Abgeordnete zu verkleinern (heutiger Stand 672 minus höchstens 100 Abgeordnete) (Drucksache 13/1803). Der Gesetzentwurf enthält eine Verringerung der Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages von der 15. Wahlperiode an auf 598 Abgeordnete. Die Wahlkreiseinteilung für 299 Wahlkreise wird durch Gesetz bis zum Ende der 13. Wahlperiode festgelegt.

Für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag sind Wahlkreise mit Abweichungen von mehr als ±33⅓ vom Hundert vom Durchschnitt zu korrigieren.

B. Lösung

Reduzierung der Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages auf 598 und der Zahl der Wahlkreise auf 299. Für die Einteilung der Wahlkreise werden dem Gesetzgeber Grundsätze vorgegeben, die auch dem Entstehen von Überhangmandaten soweit wie möglich vorbeugen sollen.

Des weiteren sieht der Gesetzentwurf Änderungen des Wahlkreiszuschnitts bei Abweichungen von mehr als 33⅓ vom Hundert vom Durchschnitt für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag vor.

C. Alternativen

Weitergehende Änderungen des Wahlrechts.

D. Kosten

Durch die Verringerung der Zahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind Einsparungen zu erwarten, deren genauer Umfang nicht zu beziffern ist.

Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Bundeswahlgesetzes

Das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachungen vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594) sowie vom 30. März 1994 (BGBl. I S. 680) und 15. September 1994 (BGBl. I S. 2417), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Mai 1994 (BGBl. I S. 993), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 wird die Zahl „656" durch die Zahl „598" ersetzt; in § 1 Abs. 2 wird die Zahl „328" durch die Zahl „299" ersetzt.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

   „(1) Bei der Wahlkreiseinteilung sind folgende Grundsätze zu beachten:

   1. Die Ländergrenzen sind einzuhalten.
   2. Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern muß deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.
   3. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.
   4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.
   5. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

   Bei Ermittlung der Bevölkerungszahlen bleiben Ausländer (§ 1 Abs. 2 des Ausländergesetzes) unberücksichtigt."

   b) Der bisherige Absatz 1 wird Absatz 2.

   c) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

   „(3) Die Wahlkreiskommission hat die Aufgabe, über Änderungen der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu berichten und darzulegen, ob und welche Änderungen der Wahlkreiseinteilung sie im Hinblick darauf für erforderlich hält. Sie kann in ihrem Bericht auch aus anderen Gründen Änderungsvorschläge machen. Bei ihren Vorschlägen zur Wahlkreiseinteilung hat sie die in Absatz 1 genannten Grundsätze zu beachten."

   d) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.

3. In der Anlage zu § 2 Abs. 2 erhalten die in der Anlage zu diesem Gesetz aufgeführten Wahlkreise die daraus ersichtliche Abgrenzung und Beschreibung.

Artikel 2

Festlegung der Wahlkreiseinteilung für 299 Wahlkreise

Die Wahlkreiseinteilung für 299 Wahlkreise wird bis zum Ablauf der 13. Wahlperiode in einem die Anlage zu § 2 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes ändernden Gesetz festgelegt; dies gilt nicht, wenn die 13. Wahlperiode vorzeitig endet. Dabei sind die unter Artikel 1 Nr. 2 genannten Grundsätze zu beachten.

Artikel 3

Bekanntmachung von Neubeschreibungen von Wahlkreisen

Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, in der Anlage zum Bundeswahlgesetz die Abgrenzung von Wahlkreisen auf Grund kommunaler Gebiets- oder Namensänderungen neu zu beschreiben und im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen.

Artikel 4

Inkrafttreten

(1) Artikel 1 Nr. 1 tritt an dem Tage in Kraft, an dem das in Artikel 2 genannte Gesetz in Kraft tritt. Das Bundesministerium des Innern gibt den Tag des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.

(2) Artikel 1 Nr. 2 tritt am Tage der konstituierenden Sitzung des 14. Deutschen Bundestages in Kraft. Das Bundesministerium des Innern gibt den Tag des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.

(3) Im übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 24. September 1996

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Anlage (zu Artikel 1 Nr. 3)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
Schleswig-Holstein		
8	Segeberg–Stormarn-Nord	Kreis Segeberg, vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Bad Oldesloe, Bargteheide, Tangstedt, die Ämter Bad Oldesloe-Land (= Gemeinden Grabau, Lasbek, Meddewade, Neritz, Pöllitz, Rethwisch, Rümpel, Steinburg, Travenbrück), Bargteheide-Land (= Gemeinden Bargfeld-Stegen, Delingsdorf, Elmenhorst, Hammoor, Jersbek, Nienwohld, Todendorf, Tremsbüttel) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 9, 10).
9	Ostholstein	Kreis Ostholstein, vom Kreis Stormarn die amtsfreie Gemeinde Reinfeld (Holstein), das Amt Nordstormarn (= Gemeinden Badendorf, Barnitz, Feldhorst, Hamberge, Heidekamp, Heilshoop, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Rehhorst, Wesenberg, Westerau, Zarpen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 8, 10).
Bremen		
50	Bremen-Ost	Von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtbezirk Ost (Ortsteile 311 bis 385), vom Stadtbezirk Süd der Stadtteil Obervieland (Ortsteile 231 bis 234) (Übrige Stadt- und Ortsteile s. Wkr. 51).
51	Bremen-West	Von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtezirk West (Ortsteile 411 bis 445), vom Stadtbezirk Mitte der Stadtteil Mitte (Ortsteile 111 bis 113), vom Stadtteil Häfen die Ortsteile Handelshäfen, Industriehäfen, Neustädter Hafen, Hohentorshafen (Ortsteile 121, 122, 124, 125) (Übriger Ortsteil s. Wkr. 52). vom Stadtbezirk Süd die Stadtteile Neustadt, Huchting, Woltmershausen (Ortsteile 211 bis 218, 241 bis 252), die Ortsteile Seehausen, Strom (Ortsteile 261, 271) (Übriger Stadtteil s. Wkr. 50).

noch Anlage (zu Artikel 1 Nr. 3)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Nordrhein-Westfalen
92	Recklinghausen II–Borken I	Vom Kreis Recklinghausen die Gemeinden Datteln, Dorsten, Haltern, Marl, Oer-Erkenschwick (Übrige Gemeinden s. Wkr. 91, 93, 94, 95), vom Kreis Borken die Gemeinden Heiden, Raesfeld, Reken (Übrige Gemeinden s. Wkr. 96).
93	Gelsenkirchen I	Von der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen die Stadtbezirke Gelsenkirchen 1 (Mitte), Gelsenkirchen 3 (West), Gelsenkirchen 5 (Süd) (Übriger Stadtbezirk s. Wkr. 94), vom Kreis Recklinghausen von der Gemeinde Gladbeck der Stadtbezirtk 6 Brauck (Übrige Gemeinden und Stadtbezirke s. Wkr. 91, 92, 94, 95).
95	Bottrop–Recklinghausen IV	Kreisfreie Stadt Bottrop, vom Kreis Recklinghausen von der Gemeinde Gladbeck die Stadtbezirke 1 Mitte, 2 Zweckel, 3 Rentfort, 4 Ellinghorst, 5 Butendorf (Übrige Gemeinden und Stadtbezirke s. Wkr. 91, 92, 93, 94).
96	Borken II	Vom Kreis Borken die Gemeinden Ahaus, Bocholt, Borken, Gescher, Gronau (Westf.), Heek, Isselburg, Legden, Rhede, Schöppingen, Stadtlohn, Südlohn, Velen, Vreden (Übrige Gemeinden s. Wkr. 92).
101	Gütersloh	Vom Kreis Gütersloh die Gemeinden Borgholzhausen, Gütersloh, Halle (Westf.), Harsewinkel, Herzebrock-Clarholz, Langenberg, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg, Schloß Holte-Stukenbrock, Steinhagen, Verl, Versmold, von der Gemeinde Werther (Westf.) die Ortsteile Innenstadt, Rotingdorf, Theenhausen (Übrige Ortsteile s. Wkr. 102).
102	Bielefeld	Kreisfreie Stadt Bielefeld, vom Kreis Gütersloh von der Gemeinde Werther (Westf.) die Ortsteile Isingdorf, Häger, Rotenhagen (Übrige Gemeinden und Ortsteile s. Wkr. 101).
103	Herford–Minden-Lübbecke I	Kreis Herford, vom Kreis Minden-Lübbecke von der Gemeinde Bad Oeynhausen die Ortsteile Lohe, Rehme (Übrige Gemeinden und Ortsteile s. Wkr. 104).

noch Anlage (zu Artikel 1 Nr. 3)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
104	Minden–Lübbecke II	Vom Kreis Minden-Lübbecke die Gemeinden Espelkamp, Hille, Hüllhorst, Lübbecke, Minden, Petershagen, Porta Westfalica, Preußisch Oldendorf, Rahden, Stemwede, von der Gemeinde Bad Oeynhausen die Ortsteile Bad Oeynhausen, Dehme, Eidinghausen, Volmersdingsen, Werste, Wulferdingsen (Übrige Ortsteile s. Wkr. 103).
111	Bochum II–Enneppe-Ruhr-Kreis II	Von der kreisfreien Stadt Bochum die Stadtbezirke 4 Bochum-Ost, 5 Bochum-Süd, vom Stadtbezirk 3 Bochum-Nord die Bezirke 32 Voede-Harpen und 33 Gerthe-Rosenberg (Übrige Stadtbezirke und Bezirke s. Wkr. 110, 112). vom Enneppe-Ruhr-Kreis die Gemeinde Witten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 109).
112	Herne–Bochum III	Kreisfreie Stadt Herne, von der kreisfreien Stadt Bochum vom Stadtbezirk 3 Bochum-Nord der Bezirk 31 Bergen-Hiltrop (Übrige Stadtbezirke und Bezirke s. Wkr. 110, 111).
		Rheinland-Pfalz
148	Koblenz	Kreisfreie Stadt Koblenz, vom Landkreis Mayen-Koblenz die verbandsfreien Gemeinden Bendorf, Hatzenport, die Verbandsgemeinden, Rhens (= Gemeinden Brey, Rhens, Spay, Waldesch), Untermosel (= Gemeinden Alken, Brodenbach, Burgen, Dieblich, Kobern-Gondorf, Lehmen, Löf, Macken, Niederfell, Nörtershausen, Oberfell, Winningen, Wolken), Vallendar (= Gemeinden Niederwerth, Urbar, Vallendar, Weitersburg) Weißenthurm (= Gemeinden Bassenheim, Kaltenengers, Kettig, Mülheim-Kärlich, Sankt Sebastian, Urmitz, Weißenthurm) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 147), vom Rhein-Hunsrück-Kreis die verbandsfreie Gemeinde Boppard, die Verbandsgemeinden Emmelshausen (= Gemeinden Badenhard, Beulich, Bickenbach, Birkheim, Dörth, Emmelshausen, Gondershausen, Halsenbach, Hausbay, Hungenroth, Karbach, Kratzenburg, Leiningen, Lingerhahn, Maisborn, Mermuth, Morshausen, Mühlpfad, Ney, Niedert, Norath, Pfalzfeld, Schwall, Thörlingen, Utzenhain),

noch Anlage (zu Artikel 1 Nr. 3)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Sankt Goar-Oberwesel (= Gemeinden Damscheid, Laudert, Niederburg, Oberwesel, Perscheid, Sankt Goar, Wiebelsheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 149). vom Rhein-Lahn-Kreis die Verbandsgemeinde Loreley (= Gemeinden Auel, Bornich, Dahlheim, Dörscheid, Kaub, Kestert, Lierschied, Lykershausen, Nochern, Patersberg, Prath, Reichenberg, Reitzenhain, Loreleystadt Sankt Goarshausen, Sauerthal, Weisel, Weyer) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 153).
153	Montabaur	Westerwaldkreis vom Rhein-Lahn-Kreis die verbandsfreie Gemeinde Lahnstein, die Verbandsgemeinden Bad Ems (= Gemeinden Arzbach, Bad Ems, Becheln, Dausenau, Fachbach, Frücht, Kemmenau, Miellen, Nievern), Braubach (= Gemeinden Braubach, Dachsenhausen, Filsen, Kamp-Bornhofen, Osterspai), Diez (= Gemeinden Altendiez, Aull, Balduinstein, Birlenbach, Charlottenberg, Cramberg, Diez, Dörnberg, Eppenrod, Geilnau, Gückingen, Hambach, Heistenbach, Hirschberg, Holzappel, Holzheim, Horhausen, Isselbach, Langenscheid, Laurenburg, Scheidt, Steinsberg, Wasenbach), Hahnstätten (= Gemeinden Burgschwalbach, Flacht, Hahnstätten, Kaltenholzhausen, Lohrheim, Mudershausen, Netzbach, Niederneisen, Oberneisen, Schiesheim), Katzeneinbogen (= Gemeinden Allendorf, Berghausen, Berndroth, Biebrich, Bremberg, Dörsdorf, Ebertshausen, Eisighofen, Ergeshausen, Gutenacker, Herold, Katzeneinbogen, Klingelbach, Kördorf, Mittelfischbach, Niedertiefenbach, Oberfischbach, Reckenroth, Rettert, Roth, Schönborn), Nassau (= Gemeinden Attenhausen, Dessighofen, Dienethal, Dornholzhausen, Geisig, Hömberg, Lollschied, Misselberg, Nassau, Obernhof, Oberwies, Pohl, Schweighausen, Seelbach, Singhofen, Sulzbach, Weinähr, Winden, Zimmerschied), Nastätten (= Gemeinden Berg, Bettendorf, Bogel, Buch, Diethardt, Ehr, Endlichhofen, Eschbach, Gemmerich, Hainau, Himmighofen, Holzhausen an der Haide, Hunzel, Kasdorf, Kehlbach, Lautert, Lipporn, Marienfels, Miehlen, Nastätten, Niederbachheim, Niederwallmenach, Oberbachheim, Obertiefenbach, Oberwallmenach, Oelsberg, Rettershain, Ruppertshofen, Strüth, Weidenbach, Welterod, Winterwerb) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 148).

noch Anlage (zu Artikel 1 Nr. 3)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
	Baden-Württemberg	
170	Neckar-Zaber	Vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Abstatt, Beilstein, Brackenheim, Cleebronn, Flein, Güglingen, Ilsfeld, Lauffen am Neckar, Neckarwestheim, Nordheim, Pfaffenhofen, Talheim, Untergruppenbach, Zaberfeld (Übrige Gemeinden s. Wkr. 171), vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden Affalterbach, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönnigheim, Erdmannshausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemmrigheim, Großbottwar, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Löchgau, Marbach am Neckar, Mundelsheim, Murr, Oberstenfeld, Pleidelsheim, Sachsenheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Walheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 169).
171	Heilbronn	Stadtkreis Heilbronn, vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Bad Friedrichshall, Bad Rappenau, Bad Wimpfen, Eberstadt, Ellhofen, Eppingen, Erlenbach, Gemmingen, Gundelsheim, Hardthausen am Kocher, Ittingen, Jagsthausen, Kirchardt, Langenbrettach, Lehrensteinsfeld, Leingarten, Löwenstein, Massenbachhausen, Möckmühl, Neckarsulm, Neudenau, Neuenstadt am Kocher, Obersulm, Oedheim, Offenau, Roigheim, Schwaigern, Siegelsbach, Untereisesheim, Weinsberg, Widdern, Wüstenrot (Übrige Gemeinden s. Wkr. 170).
175	Karlsruhe-Stadt	Stadtkreis Karlsruhe, vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Rheinstetten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 176, 177, 182).
176	Karlsruhe-Land	Vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Bad Schönborn, Bretten, Bruchsal, Dettenheim, Eggenstein-Leopoldshafen, Forst, Gondelsheim, Graben-Neudorf, Hambrücken, Karlsbad, Karlsdorf-Neuthard, Kraichtal, Kronau, Kürnbach, Linkenheim-Hochstetten, Marxzell, Oberhausen-Rheinhausen, Östringen, Pfinztal, Phillipsburg, Stutensee, Sulzfeld, Ubstadt-Weiher, Waghäusel, Waldbronn, Walzbachtal, Weingarten (Baden), Zaisenhausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 175, 177, 183).
177	Rastatt	Stadtkreis Baden-Baden, Landkreis Rastatt, vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Ettlingen, Malsch (Übrige Gemeinden s. Wkr. 175, 176, 183).

noch Anlage (zu Artikel 1 Nr. 3)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
183	Pforzheim	Stadtkreis Pforzheim Enzkreis, vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinde Oberderdingen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 175, 176, 177, 183).
	Bayern	
199	Altötting	Landkreise Ebersberg, Mühldorf a. Inn, vom Landkreis Altötting die Gemeinden Altötting, Burghausen, Burgkirchen a. d. Alz, Garching a. d. Alz, Haiming, Neuötting, Pleiskirchen, Töging a. Inn, Winhöring die Verwaltungsgemeinschaften Emmerting (= Gemeinden Emmerting, Mehring), Marktl (= Gemeinden Marktl, Stammham), Reischach (= Gemeinden Erlbach, Perach, Reischach), Tüßling (= Gemeinden Teising, Tüßling), Unterneukirchen (= Gemeinden Kastl, Unterneukirchen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 211).
200	Freising	Landkreise Freising, Pfaffenhofen a. d. Ilm, vom Landkreis Erding die Gemeinden Bockhorn, Dorfen, Erding, Fraunberg, Isen, Lengdorf, Sankt Wolfgang, Taufkirchen (Vils), die Verwaltungsgemeinschaften Steinkirchen (= Gemeinden Hohenpolding, Inning a. Holz, Kirchberg, Steinkirchen), Wartenberg (= Gemeinden Berglern, Langenpreising, Wartenberg) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 208).
208	München-Land	Landkreis München, vom Landkreis Erding die Gemeinden Finsing, Forstern, Moosinning, die Verwaltungsgemeinschaften Hörlkofen (= Gemeinden Walpertskirchen, Wörth), Oberding (= Gemeinden Eitting, Oberding), Oberneuching (= Gemeinden Neuching, Ottenhofen), Pastetten (= Gemeinden Buch a. Buchrain, Pastetten) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 200).
211	Traunstein	Landkreis Berchtesgadener Land, Traunstein, vom Landkreis Altötting die Verwaltungsgemeinschaft Kirchweidach (= Gemeinden Feichten a. d. Alz, Halsbach, Kirchweidach, Tyrlaching) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 199).

noch Anlage (zu Artikel 1 Nr. 3)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
238	Augsburg-Stadt	Kreisfreie Stadt Augsburg, vom Landkreis Augsburg die Gemeinde Königsbrunn (Übrige Gemeinden s. Wkr. 239).
239	Augsburg-Land	Vom Landkreis Augsburg die Gemeinden Adelsried, Altenmünster, Aystetten, Biberbach, Bobingen, Diedorf, Dinkelscherben, Fischach, Gablingen, Gersthofen, Graben, Horgau, Kutzenhausen, Langweid a. Lech, Meitingen, Neusäß, Schwabmünchen, Stadtbergen, Thierhaupten, Wehringen, Zusmarshausen, die Verwaltungsgemeinschaften Gessertshausen (= Gemeinden Gessertshausen, Ustersbach), Großaitingen (= Gemeinden Großaitingen, Kleinaitingen, Oberottmarshausen), Langenneufnach (= Gemeinden Langenneufnach, Mickhausen, Mittelneufnach, Scherstetten, Walkertshofen), Langerringen (= Gemeinden Hiltenfingen, Langerringen), Lechfeld (= Gemeinden Klosterlechfeld, Untermeitingen), Nordendorf (= Gemeinden Allmannshofen, Ehingen, Ellgau, Kühlenthal, Nordendorf, Westendorf), Welden (= Gemeinden Bonstetten, Emersacker, Heretsried, Welden) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 238), vom Landkreis Aichach-Friedberg die Gemeinden Affing, Aichach, Friedberg, Hollenbach, Kissing, Merching, Rehling, Ried, die Verwaltungsgemeinschaften Aindling (= Gemeinden Aindling, Petersdorf, Todtenweis), Dasing (= Gemeinden Adelzhausen, Dasing, Eurasburg, Obergriesbach, Sielenbach), Mering (= Gemeinden Mering, Schmiechen, Steindorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 240).
240	Donau-Ries	Landkreise Dillingen a. d. Donau, Donau-Ries, vom Landkreis Aichach-Friedberg die Gemeinde Inchenhofen, die Verwaltungsgemeinschaften Kühbach (= Gemeinden Kühbach, Schiltberg), Pöttmes (= Gemeinden Pöttmes, Baar [Schwaben]) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 239).

Begründung

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat als Teil einer umfassenden Parlamentsreform am 29. Juni 1995 beschlossen, die Zahl seiner Mitglieder mit Wirkung von der 15. Wahlperiode an auf unter 600 Abgeordnete zu verkleinern (heutiger Stand 672 minus höchstens 100 Abgeordnete) (Drucksache 13/1803). Der Gesetzentwurf enthält eine Verringerung der Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages von der 15. Wahlperiode an auf 598 Abgeordnete.

Bei der Reduzierung der Zahl der Abgeordneten steht die Überlegung im Vordergrund, daß mit einer Verringerung der Abgeordnetenzahl ein wichtiger Beitrag zu der mit der Parlamentsreform angestrebten Verbesserung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Parlamentsarbeit geleistet werden kann. Die Parlamentsverkleinerung soll außerdem zu einer Straffung von Arbeitsabläufen führen und stellt zugleich einen Beitrag zur Verschlankung der Staatstätigkeit dar.

Eine Verringerung der Zahl der Abgeordneten unter die im Entwurf genannte Zahl erscheint nicht angezeigt, weil andernfalls wegen der Größe der Wahlkreise ein Verlust an Bürgernähe zu besorgen wäre.

Zu Nummer 2

Die Vorschrift gibt dem Gesetzgeber Grundsätze vor, die der besseren Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl (Artikel 38 des Grundgesetzes) und der weitgehenden Vermeidung des Entstehens von Überhangmandaten dienen.

Im Gegensatz zum geltenden Recht, wonach die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen soll, muß in Zukunft eine solche weitgehende Entsprechung gewährleistet sein. Bereits in der Vergangenheit ist in der Rechtswissenschaft die Auffassung vertreten worden, die Soll-Vorschrift des § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 des Bundeswahlgesetzes sei im Wege verfassungskonformer Auslegung im Sinne einer Muß-Vorschrift zu interpretieren. Diese Auffassung macht sich der Gesetzentwurf zu eigen.

Nach geltendem Recht müssen Wahlkreise neu zugeschnitten werden, wenn sie mehr als ±33⅓ vom Hundert vom Durchschnitt der übrigen Wahlkreise abweichen. Diese Grenze ist vom Bundesverfassungsgericht als absolute Toleranzgrenze verfassungsrechtlich gebilligt worden (BVerfGE 16, 130, 141). Allerdings kann bei Zugrundelegung der 33⅓-vom Hundert-Grenze im Extremfall der größte Wahlkreis doppelt so groß sein wie der kleinste Wahlkreis. Die absoluten Bevölkerungsunterschiede werden bei einer Reduzierung der Zahl der Wahlkreise vergrößert. Es erscheint daher angezeigt, die absolute Toleranzgrenze zur besseren Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl auf 25 vom Hundert zu senken. Zugleich sieht der Entwurf vor, daß die Grenze, von der an ein Neuzuschnitt der Wahlkreise erfolgen soll, von 25 vom Hundert auf 15 vom Hundert gesenkt wird. Der Wert von 15 vom Hundert stellt eine Ermessensdirektive dar, der nicht die gleiche zwingende Bedeutung zukommt wie der absoluten Toleranzgrenze, die aber dem Interesse an Rechtssicherheit dient. Sie signalisiert dem Gesetzgeber, von welchem Grenzwert an ein Neuzuschnitt der Wahlkreise geprüft werden sollte. Allerdings ist nach dem Entwurf ein Neuzuschnitt erst bei einer Abweichung von mehr als ±25 vom Hundert zwingend. Unterhalb dieser Grenze liegt eine Angleichung in seinem pflichtgemäßen Ermessen. Im Rahmen dieses Ermessens muß er abwägen zwischen den Gründen, die für die Abweichung sprechen, und dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl. Die Gründe für eine Abweichung müssen dabei um so schwerer wiegen, je näher diese an die absolute Toleranzgrenze heranreicht.

Die genannten, den Gesetzgeber bindenden Grundsätze bilden zugleich die verbindliche Grundlage für die Arbeit der ständigen Wahlkreiskommission.

Zu Nummer 3

Die Vorschrift sieht für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag Änderungen des Wahlkreiszuschnitts für die Wahlkreise vor, die mehr als ±33⅓ vom Hundert vom Durchschnitt der Wahlkreise abweichen.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift enthält die Selbstverpflichtung des Deutschen Bundestages, die Wahlkreiseinteilung für 299 Wahlkreise bis zum Ablauf der 13. Wahlperiode durch Gesetz festzulegen. Damit kleidet der Deutsche Bundestag seine am 29. Juni 1995 bekundete Absicht, die Zahl seiner Mitglieder mit Wirkung von der 15. Wahlperiode an auf unter 600 Abgeordnete zu verkleinern, in die Form eines rechtsverbindlichen Gesetzes. Er verwirklicht damit sein Vorhaben, noch in der 13. Wahlperiode das für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag geltende Wahlrecht zu schaffen. Bei der Einteilung der Wahlkreise für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag hat der Deutsche Bundestag die unter Artikel 1 Nr. 2 genannten Grundsätze zu beachten.

Zu Artikel 3

Die Vorschrift ermächtigt das Bundesministerium des Innern zur Neubeschreibung von Wahlkreisen infolge kommunaler Gebiets- oder Namensänderungen und zur Bekanntgabe dieser Änderungen im Bundesgesetzblatt.

Zu Artikel 4

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333